

Kommunales Engagement fördert den Zusammenhalt in Europa



Lina Furch

In den letzten Wochen und Monaten hat uns die Corona-Pandemie ganz besonders eindrücklich gezeigt, wie wichtig Zusammenhalt in der Gesellschaft ist, um große Herausforderungen zu meistern. Dies gilt im privaten wie im öffentlichen Bereich, im Kleinen wie im Großen. Mit Besorgnis haben wir zu Anfang der Corona-Pandemie das Erstarren nationalstaatlichen Denkens und Handelns

wahrgenommen. Geschlossene Grenzen, Exportverbote für medizinische Schutzgüter, die Diskussion um Coronabonds – vielen Staaten war zunächst das Hemd näher als der Rock. Zeitweise sah es gar so aus, als würde Europa an der Krise zerbrechen. Es dauerte eine Weile, bis sich die Einsicht verbreitete: Nur gemeinsam können wir diese weltweite Herausforderung meistern. Mittlerweile scheinen sich Vernunft und ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäerinnen und Europäer durchzusetzen, auch wenn die Gefahr für Europa noch nicht vollständig gebannt ist.

Städte, Gemeinden und Kreise sorgen für Zusammenhalt. Hier findet das Leben der Menschen statt. Hier wird Nachbarschaft gestaltet, hier kann übrigens auch dem Alltagsrassismus wirksam begegnet werden. Hier wird Europa gelebt. Vor Ort schützen Kommunen die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und stellen ihre grundlegende Versorgung sicher. Von Anfang an haben sie die Beziehungen zu ihren Partnerkommunen nicht abreißen lassen. Im Gegenteil. Sie haben in beeindruckendem Engagement gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ihren Partnerstädten gegenüber Solidarität ausgedrückt, pragmatisch und unkompliziert geholfen und auch Hilfe erfahren: sei es durch Solidaritätsschreiben, Videobotschaften, bürgerschaftliches Engagement, durch Spendenaktionen, die Zusendung von dringend benötigten medizinischen Schutzgütern oder durch die Aufnahme von Schwerstkranken in ihren Krankenhäusern. Gerade in der Krise zeigt sich die Stärke und Belastbarkeit der über Jahre gewachsenen Beziehungen.

70 Jahre nach Verabschiedung der Schumann-Erklärung verbindet uns Europäerinnen und Europäer mehr als unsere Geschichte: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zu unserer Gesellschaft, die sich durch Pluralismus, Toleranz und Solidarität auszeichnet. Bis heute ist es die kom-

munale Ebene, die in schwierigen Zeiten den europäischen Gedanken mit Leben erfüllt und das europäische Haus stützt. Dieses Engagement kann man nicht hoch genug bewerten, wenn man bedenkt, dass fast alle Kommunen in Europa selbst stark von der Corona-Pandemie betroffen waren bzw. sind. Ganz besonders gilt dies für die Kommunen in den Grenzgebieten, die von einem Tag auf den anderen mit geschlossenen Grenzen umgehen mussten. Einkaufen, studieren, arbeiten im Nachbarland – bis dato Normalität – war plötzlich nicht mehr möglich.

Als Folge der Pandemie sind auf der kommunalen Ebene Einnahmen, etwa die Gewerbesteuer, weggebrochen. Gleichzeitig schnellen Ausgaben in die Höhe. Beispielsweise rechnet der Deutsche Städtetag mit finanziellen Belastungen der Kommunen von rund 20 Milliarden Euro. Daher ist es notwendig, dass das EU-Wiederaufbauprogramm Next Generation EU auch die kommunale Ebene einbezieht und Städten und Gemeinden die Möglichkeit gibt, auf Finanzmittel zuzugreifen. Die deutsche Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli 2020 beginnt, sollte dazu genutzt, dies umzusetzen.

Aber nicht nur in der Krise tauschen Kommunen sich miteinander aus, lernen von- und miteinander und entwickeln neue Lösungsansätze – über alle Grenzen und Sprachen hinweg. Die vorliegende Ausgabe von „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ soll Ihnen einen kleinen Eindruck der großen Vielfalt kommunaler Zusammenarbeit in Europa vermitteln. Sie präsentiert Beiträge zu kommunalem Handeln von grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Klimaschutz, in Infrastrukturprojekten, in der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie Raumplanung über Integration und Migration.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Inspiration beim Lesen!

Lina Furch

Stellv. Generalsekretärin des Rates der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion (RGRE) und Leiterin der Abteilung Europa und Internationales des Deutschen Städtetages, Köln/Berlin